



HOLOCAUST-GEDENKTAG

Claudia Heine

Plädoyer für eine Gegenwehr im Alltag

Saul Friedländer und Wolfgang Schäuble rufen zur Verteidigung der »wahren Demokratie« auf

Als Pavel 1932 in Prag geboren, wurde aus dem Kind jüdischer Eltern im Alter von zehn Jahren der katholische Internatsschüler Paul-Henri-Marie Ferland. Viele Kilometer von der Heimat entfernt, in Frankreich, wo sich die Familie nach ihrer Flucht aus Prag zunächst sicher fühlte. Doch als im Sommer 1942 im besetzten Frankreich die Verhaftungen ausländischer Juden begannen, war auch die Familie von Saul Friedländer nicht mehr sicher. Die Eltern versteckten ihren Sohn unter falschem Namen in einem katholischen Priesterseminar. Und während ihr eigener Fluchtversuch in die Schweiz scheiterte, sie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet wurden, überlebte der Sohn dank seiner neuen Identität. "Nach einigem anfängliches Widerstand und einer langen Krankheit fügte ich mich und wurde zu einem gehorsamen und frommen Kind."

So schilderte der israelische Historiker und Publizist Saul Friedländer in der vergangenen Woche vor dem Bundestag sein eigenes Entkommen. Anlass war der Holocaust-Gedenktag zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945. Zu der Feierstunde lädt der Bundestag alljährlich Zeitzeugen als Gastredner ein, denen es mitunter nicht leicht fällt, in dem Land über ihr Schicksal und das Millionen anderer zu reden, das sie einst zu Vertriebenen machte. Auch er habe gezögert, die Einladung anzunehmen, sagte Friedländer. Er sagte schließlich zu, weil er im heutigen Deutschland ein "von Grund auf verändertes Deutschland sehe".

Dieses Deutschland könne sich auf dem Erreichten aber nicht ausruhen. Denn Antisemitismus, Fremdenhass, autoritärere Herrschaftsformen und ein sich verschärfender Nationalismus seien weltweit auf dem Vormarsch. "Wir alle hoffen, dass Sie die moralische Standfestigkeit besitzen, weiterhin für Toleranz und Inklusivität, Menschlichkeit und Freiheit, kurzum, für die wahre Demokratie zu kämpfen", appellierte Friedländer.

Friedländer, der 1948 nach Israel auswanderte und sich den Vornamen Saul zulegte, beklagte, dass das Existenzrecht Israels sowohl von extremen Rechten wie extremen Linken in Frage gestellt werde. Natürlich sei Kritik an der israelischen Regierung legitim, jedoch sei die Heftigkeit der zum Teil obsessiven Angriffe "schlicht absurd und enthalte den Beigeschmack eines nur dürrig verhüllten Antisemitismus", sagte er. Für Juden wie ihn sei Israel jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg lebensnotwendig gewesen, es gebe ihm - bis heute - wieder ein Gefühl von Heimat, von Zugehörigkeit. "Das Existenzrecht des Landes zu verteidigen, ist deshalb eine grundsätzliche moralische Verpflichtung."

Eine staatliche Aufgabe Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) rief in seiner Eröffnungsrede die Bürger dazu auf, gegen Antisemitismus und Rassismus aktiv zu werden. Es gebe in unserer Gesellschaft noch immer gefährliche Stereotype, Ausgrenzung und Diskriminierung. "Es beschämt uns, dass Juden wieder mit dem Gedanken spielen, auszuwandern, weil sie sich in unserem Land nicht sicher fühlen", sagte Schäuble. Aber Scham allein reiche nicht. "Es braucht, neben der Härte der Gesetze, vor allem im Alltag unsere Gegenwehr." Sowohl Antisemitismus im

alten Gewand, aber auch ein neu zugewanderter seien inakzeptabel, erst Recht in Deutschland, betonte er.

Zu diesem Blick in die Gegenwart gehöre zwingend der Blick in die Vergangenheit, sagte Schäuble, der damit jenen eine Absage erteilte, die einen Schlusstrich unter die Beschäftigung mit der NS-Geschichte ziehen wollen. "Keine Nation kann sich ihre Geschichte aussuchen oder sie abstreifen. Der Umgang mit ihr ist die Grundlage der Zukunft jedes Landes. Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen", mahnte er.

Mit diesem Ziel lädt der Deutsche Bundestag zum Holocaust-Gedenktag jedes Jahr Jugendliche verschiedener Länder zu einer Jugendbegegnung ein (Bericht dazu auf Seite 12). Denn, so der Parlamentspräsident, Erinnerungskultur gehöre zu den staatlichen Aufgaben. "Wer daran rüttelt, legt Hand an die Grundfesten unserer Republik."

Ausdruck aus dem Internet-Angebot aus der Onlinezeitung Das Parlament
https://www.das-parlament.de/2019/6_7/im_blickpunkt/-/590998
Stand: 05.02.2019